

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Georg Prack, BA (GRÜNE), Mag. Heidemarie Sequenz (GRÜNE), David Ellensohn (GRÜNE) und Dipl.-Ing.in Huem Otero Garcia (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

Aufstockung Altstadterhaltungsfonds und Schaffung eines Kreislaufwirtschaftsfonds

Neben der Wirkung auf das öffentliche Stadtbild besteht auch wegen dem notwendigen Schutz von leistbarem Wohnraum und dem Klimaschutz ein öffentliches Interesse an der Erhaltung von Bestandsgebäuden, insbesondere von jenen, die vor 1945 errichtet wurden.

Öffentliches Interesse am Klimaschutz

Gebäude speichern sehr viel graue Energie. Der Abriss und Neubau von Gebäuden verursacht in der Regel viel höhere Treibhausgasemissionen als die Sanierung von Gebäuden. Im Sinne eines öffentlichen Interesses an der Vermeidung von Treibhausgasemissionen sollte deshalb nur dann eine Abbruchbewilligung erteilt werden, wenn durch den Abriss und den folgenden Neubau keine erheblich höheren Treibhausgasemissionen entstehen, als durch den Erhalt des Gebäudes. Dazu müssen die Treibhausgasemissionen eines Gebäudes über den Lebenszyklus des Gebäudes analysiert werden.

Öffentliches Interesse am Erhalt von leistbarem Wohnraum

Wohngebäude, die vor 1945 erbaut wurden, unterliegen dem Vollanwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes (MRG). Daher besteht ein öffentliches Interesse am Erhalt von wertvollem leistbarem Wohnraum und eine Abbruchbewilligung für ein solches Gebäude sollte nur dann erteilt werden, wenn kein öffentliches Interesse wegen des Erhalts von leistbarem Wohnraum besteht.

Eine Aufstockung des Altstadterhaltungsfonds und die Schaffung eines Kreislaufwirtschaftsfonds sollen sicherstellen, dass wirtschaftliche Deckungsfehlbeträge für den Erhalt eines Bestandsgebäudes von der Stadt auch dann übernommen werden können, wenn dies aus dem Interesse des Erhalts von leistbarem Wohnbau oder der Vermeidung von Treibhausgasemissionen geschieht.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Gemeinderat ersucht die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen und den amtsführenden Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke, den Altstadterhaltungsfonds aufzustocken und einen Kreislaufwirtschaftsfonds einzurichten, mit dem wirtschaftliche Deckungsfehlbeträge zum Erhalt von Bestandsgebäuden übernommen werden können, wenn dies für den Erhalt von leistbarem Wohnraum oder die Vermeidung von Treibhausgasemissionen sinnvoll ist.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 28.11.2023

